



Geschäftsführung Ausschuss Kunst und Kultur

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 19.05.2010

Niederschrift

über die **4. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 20.04.2010, 16:11 Uhr bis 18:21 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
----------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anke Brunn	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	in Vertretung für Bürgermeisterin Scho-Antwerpes
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Franz-Josef Knieps	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Herrn Alsbach

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	Die Linke
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Winfried Gellner	SPD
---------------------------	-----

Herr Detlef Alsbach

pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim

CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn

Seniorenvertretung

Frau Veronica Oommen

Integrationsrat

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Dr. Wackerhagen regt an, künftig das Thema Opernquartier als ständigen Tagesordnungspunkt der Sitzung aufzunehmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang auf den Ratsbeschluss bezüglich des Unterausschusses Kulturbauten hin. Hier müsse die Verwaltung zügig tätig werden, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch die Politik zeitnah die erforderlichen Schritte einleiten und begleiten kann.

Beigeordneter Prof. Quander schlägt vor, den Sachstand Opernquartier als ständigen Tagesordnungspunkt im Betriebsausschuss Bühnen zu behandeln, weil dort die Betriebsleiter anwesend seien.

Er berichtet, dass im regelmäßigen Jour-fixe des Baudezernenten und des Kulturdezernenten vereinbart worden sei, zunächst zweigleisig zu fahren. Es müsse die rechtliche Situation geklärt werden, ob man mit den Architekten und Fachplanern weiterarbeiten dürfe, oder ob dies neu ausgeschrieben werden muss. Hierzu gebe es unterschiedliche Rechtspositionen. Am kommenden Freitag werde eine aus den beteiligten Juristen bestehende Arbeitsgemeinschaft versuchen, die verschiedenen Ansichten zu einem einheitlichen Ergebnis zu führen. Dies wolle man Ende des Monats in einer ersten Bewertung geklärt wissen. Die Machbarkeitsstudien für die verschiedenen Sanierungsvarianten wolle man möglichst parallel vorantreiben, um zeitnah eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen zu können.

Er berichtet weiter, dass die Frage bezüglich der Etablierung des runden Tisches mit dem Oberbürgermeister abgestimmt worden sei und es bereits erste tendenzielle Gespräche mit der Bürgerinitiative gegeben habe. Es müsse geklärt werden, wer an diesem Gremium teilnehme. Außerdem gebe es Überlegungen über eine externe Moderation.

Der Unterausschuss Kulturneubauten begleite nicht nur den Ausschuss Kunst und Kultur, erläutere Beigeordneter Prof. Quander, sondern sei auch vorberatend für den Stadtentwicklungsausschuss und den Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft tätig. Verwaltungsintern habe man sich darauf verständigt, dass die Federführung bei Dezernat VI Planen und Bauen liege.

Frau Brunn schlägt vor, dass der Unterausschuss häufiger tagen müsse, um die Sache zu begleiten und voran zu bringen. Sie weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit bereits einen Sonderausschuss gegeben habe, der sich mit der Philharmonie und dem Museum Ludwig befasste und das Projekt positiv begleitet habe. Außerdem müsse mittelfristig überlegt werden, wie sich der runde Tisch gegenüber dem Unterausschuss verhalte, damit nicht zu viele Gremien parallel tagen.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass es ein Wunsch der Verwaltung gewesen sei, einen Sonderausschuss für die Kulturbauten zu installieren. Dies sei jedoch politisch anders entschieden worden, so dass ein Unterausschuss gebildet werde, der

lediglich Empfehlungen für die regulären Ausschüsse aussprechen könne. Dies schließe jedoch nicht aus, dass er möglicherweise öfter tage.

Auf Anfrage von RM Zimmermann erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass es betreffend der weiteren Zusammenarbeit mit den Architekten vergaberechtliche Bedenken und entsprechende Gegenpositionen gebe, welche man juristisch klären müsse.

RM Zimmermann fragt, ob die Sache bezüglich des Urheberrechtes aus Sicht des Anwalts erledigt sei, oder ob versucht werde, urheberrechtliche Fragen im Bezug auf die Sanierung anzuzweifeln.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass mit Herrn Prof. Jacobs auf verschiedenen Ebenen Kontakt aufgenommen worden sei. Dies sei juristisch geschehen und der Kulturdezernent werde Gespräche mit ihm führen, um inhaltlich einige Rechtsfragen zu klären und zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Er hebt hervor, dass die Sache für Herrn Prof. Jacobs nicht erledigt sei, sondern alles was die Sanierung, soweit es eine Veränderung des gegebenen Bestandes betrifft, das Urheberrecht tangiere.

RM Uckermann fragt, ob vorgesehen sei, die sachkundigen Einwohner im Unterausschuss Kulturneubauten zu beteiligen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Mitglieder des Unterausschusses Kulturneubauten vom Rat gewählt worden seien. Er wiederholt, dass der Unterausschuss lediglich eine Empfehlung abgeben könne und die Fachausschüsse bzw. der Rat darüber abstimme. Insofern seien die sachkundigen Einwohner beteiligt. Im Übrigen gehe er davon aus, dass es, wie in jedem anderen Ausschuss, einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil gebe. Demnach finde er nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, im Ausschuss Kunst und Kultur und im Betriebsausschuss Bühnen über die Sitzungen des zuständigen Unterausschusses zu berichten und dies künftig als ständigen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

3 Historisches Archiv

3.1 Neubau des Historischen Archivs mit Kunst- und Museumsbibliothek,
Modulare Bauweise
1103/2010

3.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Versicherung der Kulturgüter als Grund-
stock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Ar-
chivs"

4 Denkmalpflege

5 Schwerpunktthemen

5.1 Vorstellung Jahresbericht 2009 des NS-Dokumentationszentrums

6 Schriftliche Anfragen

7 Schriftliche Anträge

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Bestellung der Mitglieder für die Jurys zur Vergabe der Förderstipendien der
Stadt Köln
0798/2010

8.2 KölnMusik GmbH, Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2011 und 2012 so-
wie Zuschuss zur MusikTriennale 2010 bzw. einem jährlichen Musikfestival ab
dem Jahre 2011
0056/2010

8.3 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln
1417/2010

9 Sonderausstellungen

- 9.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
0554/2010

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 11.1 Beschaffung von Mobiliar für die provisorischen Standorte des Historischen Archivs, Benutzerzentrum Innenstadt, Heumarkt 14 und das Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum in Porz Lind
1082/2010

- 11.2 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
1361/2010

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010"
0719/2010

- 12.2 Parkpflegewerk Friedhof Melaten
1026/2010

- 12.3 Steinteppich von Joseph Fassbender auf dem Hanns-Hartmann-Platz
1047/2010

- 12.4 Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln
1145/2010

- 12.5 Anfrage der Fraktion LDK im Integrationsrat zur Bühne der Kulturen / Arkadas-Theater
1038/2010

13 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 14 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 15 Schwerpunktthemen**
- 16 Schriftliche Anfragen**
- 17 Schriftliche Anträge**
- 18 Allgemeine Vorlagen**
- 19 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 20 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 20.1 Sachstandsbericht Inventarisierung in den Museen
0051/2010
 - 20.2 Neuausrichtung des Kulturbunker Köln-Mülheim e. V.
1516/2010
- 21 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verpflichtet Herrn Marco Malavasi und Herrn Fabian Spies als sachkundige Einwohner und Frau Dr. Heike Gregarek und Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner als sachverständige Bürgerinnen für den Denkmalschutz für den Ausschuss Kunst und Kultur und die Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

3 Historisches Archiv

3.1 Neubau des Historischen Archivs mit Kunst- und Museumsbibliothek, Modulare Bauweise 1103/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt, im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens für den Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek auf eine modulare Bauweise als darzustellende Alternative zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig –bei Enthaltung der Fraktion pro Köln- zugestimmt.

3.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs"

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt hierzu den stellvertretenden Amtsleiter der Kämmerei, Herrn Ropertz und bittet ihn zu dem Dringlichkeitsantrag Stellung zu nehmen. Sie erinnert daran, dass es um die Versicherung der Kulturgüter als Grundstock gehe und wie formal mit der Ausschüttung der Versicherungsleistung umgegangen werde.

Der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz berichtet, dass der Antrag in der vergangenen Sitzung des Finanzausschusses diskutiert wurde und dort auch beschlossen worden wäre. Allerdings habe die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag erneut im Ausschuss Kunst und Kultur zu behandeln. Er weist auf eine Ratsvorlage hin, die in der letzten Sitzung auf der Tagesordnung gewesen sei. Hierbei ging es um die außerplanmäßigen Aufwendungen und überplanmäßigen Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs. Im Rat wurde dargestellt, dass man bereits im Jahr 2009 Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Historischen Archiv in Höhe von 138,6 Mio. EUR gehabt habe. Dies bedeute, dass die Zahlung aus

der Versicherung in Höhe von 61,5 Mio. EUR im Haushalt vereinnahmt worden ist und fast in doppelter Höhe verausgabt worden sei. Demnach stehe grundsätzlich kein Geld mehr zur Verfügung, um es in die Stiftung einzubringen. Wenn die Mittel 2010 in die Stiftung gegeben werden sollten, müsse man dies im Haushalt neu veranschlagen und hätte somit eine zusätzliche Belastung im Haushalt von 61,5 Mio. EUR.

Er berichtet, dass im Finanzausschuss seitens des Stadtdirektors darauf hingewiesen wurde, dass von den 61,5 Mio. EUR gegebenenfalls Schadensersatzansprüche der Leihgeber befriedigt werden müssten. Demnach sei kein Betrag verfügbar, der in die Stiftung fließen könne. Im geplanten Haushalt 2010 sei vorgesehen gewesen, dass die Stadt Köln 5 Mio. EUR in die Stiftung einstellt. Vor dem Hintergrund, dass der Haushalt nun neu erarbeitet werde, empfiehlt er die 61,5 Mio. EUR nicht erneut separat der Stiftung zuzuführen, denn die Mittel seien im Prinzip in 2009 bereits mit gegenüberstehenden Aufwendungen belegt worden.

Wenn die Stiftung sich um die Restaurierung der Archivalien kümmern würde, erklärt der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz, könnte man einen Teil der dafür veranschlagten Mittel in die Stiftung einbeziehen. Dies bedeutet, dass man die Bewirtschaftung der Mittel teilweise über die Stiftung abwickeln könne. Man könnte die Stiftung beauftragen, entsprechende Restaurierungen für die Stadt Köln vorzunehmen. Damit hätte man die Stiftung letztendlich auch mit einbezogen.

Herr Dr. Soénus fragt, wie die Aufwendungen in 2009 für das Historische Archiv in Höhe von 138,6 Mio. EUR aufgegliedert sind und welche anderen Mittel dort mit eingerechnet worden seien. Außerdem fragt er, welche Auswirkungen dies auf die Stiftungsbeteiligung von Land und Bund habe.

Der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz erläutert zunächst, dass er keine Aussage darüber treffen könne, inwieweit dies Auswirkungen auf die Stiftungsbeteiligung von Land und Bund habe. Der Betrag von 138,6 Mio. EUR teilt sich auf in rd. 10 Mio. EUR welche für Bergungs- und Hilfeleistungen, unmittelbar nach dem Einsturz geleistet worden seien. Des Weiteren seien 52 Mio. EUR an Rückstellungen für die Restaurierung der Archivalien gebildet worden. Außerdem habe man im Haushalt eine Wertminderung der Archivalien von knapp 77 Mio. EUR vorgenommen. Darüber hinaus sind noch weitere Beträge, die er nicht weiter erläutere, vorgenommen worden. Gegenüber dem Land und dem Bund sei dargestellt worden, dass man rund 160 Mio. EUR aus Haushaltsmitteln veranschlagt habe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Soénus bestätigt der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz, dass es ein Leck zwischen 61,5 Mio. EUR und 52 Mio. EUR gebe. Dieses sei unterem anderem dadurch ausgefüllt worden, weil die Stadt Köln für Bergung, Erstmaßnahmen und die Unterbringung der Erstmaßnahmen finanzieren musste. Er weist darauf hin, dass die Versicherungsleistung haushaltsrechtlich keine zweckgebundene Leistung sei. Man setze sie de facto für die Sanierung und Bergung der Archivalien ein.

Herr Deutsch wundert sich, dass die Wertminderung der Archivalien dazu gerechnet wird und geht davon aus, dass dies in NKF so vorgesehen sei. Er halte es, aus der politischen Diskussion heraus, jedoch für das falsche Signal zur Regelung der Restaurierung. In dem Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion ginge es darum, wie man die Regelung der Restaurierung und der großen Aufgabe die auf die Stadt Köln zukomme, am besten organisieren könne. Der politische Ansatz des Antrages sei außerdem, dies besser durch die Stiftung zu regeln, als über den Haushalt. Deswegen möchte man die Stiftung so ausstatten, dass sie nennenswert aufgestellt ist, um unter anderem auch Drittmittel erzeugen zu können. Dies sei in der Begründung des Antrages genau dargestellt.

RM Uckermann fragt, ob die Kämmerei aus ihrer Sicht empfehle, den Antrag abzulehnen.

Der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz erläutert, dass man die Mittel der zugewiesenen Versicherungssumme, unabhängig von der Haushaltssituation, im Haushalt vereinnahmen müsse. Er stellt bezüglich des Haushaltes klar, dass diese Mittel herangezogen worden seien, um die Aufwendungen die man im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs gehabt habe, zu finanzieren. Wenn man jetzt noch 61,5 Mio. EUR in die Stiftung zahlen müsste, würde dies das aktuelle Haushaltsloch von annähernd 500 Mio. EUR zusätzlich um diese Summe erhöhen. Deshalb empfiehlt die Kämmerei, den Antrag abzulehnen.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass er heute mit dem Staatssekretär des Landes bezüglich der Stiftung ein längeres Gespräch geführt habe. Er glaubt, dass den Ansprüchen des Landes genüge getan werde, wenn der Weg den der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei aufgezeigt hat, umgesetzt werde. Er hält es für sinnvoll, bestimmte Dinge, wie z.B. die Abwicklung der Restaurierungsaufgaben, über die Stiftung auszuführen, weil diese in dem Fall flexibler arbeiten könne.

Auf die Frage, wie sich die Stadt innerhalb der Stiftung aufstelle antwortet er, dass man über einen langen Zeitraum einen Betrag von 350 bis 400 Mio. EUR benötige. Und wenn man eine große Position in der Stiftung habe, gebe es Erträge und es könne ein Schneeballeffekt entstehen, der die anderen Partner animiere sich entsprechend zu engagieren. Die Beträge, die für die Restaurierung eingestellt sind, seien im Haushalt enthalten und müssen nicht zusätzlich eingestellt werden. Er schlägt vor, in einem zweiten Verfahren zu überlegen, ob man diese Beträge, nach den Planungen der Haushaltsjahre, in die Stiftung überführt, um sie nicht zusätzlich aufzubringen.

Der stellvertretende Amtsleiter der Kämmerei Ropertz erklärt, dass er das mit der Abwicklung der Bewirtschaftung der Mittel über die Stiftung gemeinte habe und dies sicher eine Möglichkeit sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass dies eine Möglichkeit wäre und es gehe ihr darum, als Stadt zu zeigen, wie wichtig dieses Thema sei. Alle Verfahren müssen vorangetrieben werden und dies könne man in Form von Vorlagen dokumentieren. Wichtig sei ebenso, eine gewisse Emotionalität in die öffentliche Diskussion bezüglich der Stiftung hineinzubringen, um weitere Gelder einzuwerben. Sie schlägt vor, da sich nach Aussage der Verwaltung der Antrag erledigt habe, dass es nach Gründung der der Stiftung eine Vorlage der Verwaltung gebe, die darstellt, wie man weiter damit umgehen wolle. Hierbei müsse sowohl die finanztechnische Durchführung, als auch die Einwerbung von weiteren Sponsorenmitteln berücksichtigt werden.

Herr Deutsch betont, dass die dargestellte Tendenz der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister das Ziel des Antrages gewesen sei. Man müsse seines Erachtens dahin gelangen, dass die Stiftung das Hauptoperationsmittel im Bezug auf die Restaurierung werde. Er fragt, wann man tatsächlich mit der Stiftung rechnen könne.

RM Uckermann zeigt auf, dass man noch eine Summe erwarte, wenn der Verursacher des Unglücks festgestellt werde. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Hauptausschuss hin. Ebenso sei im Hauptausschuss dargestellt worden, dass das Besichtigungsbauwerk für das Beweisverfahren Fortschritte gemacht habe. Er fragt, ob die Kämmerei hierzu genauere Angaben machen könne.

Herr Dr. Soénus weist auf die Aussage des stellvertretenden Amtsleiter der Kämmerei Ropertz hin, dass die Mittel nicht zweckgebunden seien und bittet darum, in den Versicherungsvertrag zu schauen. Es sei tatsächlich so, dass die Mittel zweckgebunden für die Restaurierung auszugeben seien. Er halte es für wichtig und für ein politi-

sches Zeichen, die Mittel dafür einzusetzen wofür sie vorgesehen sind, nämlich für die Restaurierung der Archivalien. Er bedauert, dass der Stadtkämmerer nicht persönlich anwesend ist, um zu zeigen, dass die politische Spitze der Stadt dahinter stehe, welche Bedeutung es habe, mit der Restaurierung zu beginnen und die Mittel hierfür entsprechend einzusetzen.

Beigeordneter Prof. Quander geht nach dem Gespräch mit dem Staatssekretär davon aus, dass alle Punkte der Stiftungssatzung zwischen der Staatskanzlei, der Stadt Köln und dem Innenministerium abgestimmt seien. Es werde nun ein entsprechender Termin koordiniert.

Auf die Frage von RM Uckermann antwortet er, dass er über die Gesamtschadenssumme keine Auskunft geben könne. Die mittelfristige Finanzplanung sei vom Rat beschlossen worden.

Auf Nachfrage von RM Uckermann sagt Beigeordneter Prof. Quander aus, dass dies möglicherweise auch eingeklagt werde. Vorausgesetzt es gebe jemanden, den man haftbar machen könne.

Herr Deutsch erinnert daran, dass der Oberbürgermeister bei einer Veranstaltung dafür plädiert habe, die Restaurierungskosten aus dem Kulturhaushalt herauszunehmen. Er bittet darum, hierfür eine haushaltstechnische Lösung zu finden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt, dass dies formal geklärt werden müsse. Es sei der Kulturpolitik daran gelegen zu zeigen, dass es sich um eine besondere Situation handle, die einen besonderen Aufwand erfordere. Sie macht darauf aufmerksam, dass dies auch die Generation nach uns weiter beschäftigen werde und bittet die Verwaltung darum, dies zu berücksichtigen. Sie schlägt vor, so vorzugehen, wie sie es im Laufe der Diskussion dargestellt habe.

Beschluss:

Der Ausschuss betrachtet den Antrag als erledigt. Nach Gründung der Stiftung wird die Verwaltung diesbezüglich eine Vorlage erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Denkmalpflege

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand der Denkmalpflege.

Sie führt außerdem aus, dass in der letzten Sitzung die Frage gestellt worden sei, inwiefern die Bilder auf der Website „Bilderbuch Köln“ vom Stadtkonservator im Hinblick auf Druck entsprechend geschützt sind bzw. in welcher Form eine gewerbliche Nutzung ausgeschlossen sei. Sie erläutert hierzu, dass ausgeschlossen sei, die Bilder zu bestellen und es werde auf einer separaten Seite sichergestellt, dass eine Sonderposition für die Bilder beim Stadtkonservator vorhanden ist, sodass die angesprochenen Befürchtungen nicht eintreten.

Frau Brunn bittet darum, in der nächsten Sitzung über das Denkmal Ma'alot und dessen Zukunft zu berichten.

RM von Bülow bittet darum, in der nächsten Sitzung, aus der Sicht des Denkmalschutzes, über das Helios-Gelände in Ehrenfeld und das Clouth-Gelände Nippes zu berichten.

Herr Heinemann fragt, ob es bereits Zeitplanungen des Baudezernates oder seitens des Stadtkonservators bezüglich der Realisierung in der Domumgebung gebe.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer antwortet, dass es von ihrer Seite keinen Zeitplan gebe, jedoch in der Jahresmitte der entsprechende Förderantrag gestellt werde.

Frau Prof. Dr. Schock-Werner bittet darum, dass alle politischen Fraktionen das Projekt in der Domumgebung unterstützen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht die Aussage von Frau Prof. Dr. Schock-Werner und begrüßt, dass mit Bundesmitteln Verbesserungen in der Domumgebung herbeigeführt werden können. Sie bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur bei der Stadtkonservatorin Dr. Kaymer für ihren Vortrag.

5 Schwerpunktthemen

5.1 Vorstellung Jahresbericht 2009 des NS-Dokumentationszentrums

Unter Verweis auf die allen Mitgliedern des Ausschusses vorliegende Informationsbroschüre stellt Direktor Dr. Jung den Jahresbericht 2009 des NS Dokumentationszentrums vor.

RM Möller verweist auf das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter/innen und regt an, dass auch in diesem Jahr die Veranstaltung wieder stattfinden möge. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung eine entsprechende Vorlage für die Einstellung der Finanzmittel in diesem Jahr erstellt, damit die Einladungen hierfür erfolgen können.

Direktor Dr. Jung geht davon aus, dass dies intern geregelt werden könne.

Herr Dr. Soénius schlägt vor, die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur ins NS-Dokumentationszentrum einzuladen, um sich vor Ort ein Bild zu machen und über einzelne Punkte zu sprechen.

RM Uckermann kritisiert, dass in der Publikation einige Pressemitteilungen abgedruckt seien, in denen die Fraktion pro Köln abgebildet sei und nennt hierzu einige Beispiele.

RM von Bülow bedauert, dass die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, die in der Schul- und Jugendarbeit eine große Resonanz gefunden habe, in der Darstellung etwas zu kurz komme.

Direktor Dr. Jung betont, dass die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) eine Einrichtung sei, die aus einem zentralen Gedenk-, Lern- und Forschungsort bestehe. Man erforsche Dinge, um sie wiederum als Lernort in den Gedenkbereich zu geben. Genau dies mache die Einheit aus und zeichne das NS-Dokumentationszentrum bundesweit als eine Einrichtung aus, die dieses Profil entwickelt habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass nicht nur anhand des Berichtes deutlich geworden sei, dass das NS-Dokumentationszentrum eine gute und facettenreiche Arbeit leiste. Dies zeige unter anderem auch die beachtliche Zunahme der Besuchergruppen. Sie bedankt sich abschließend bei Herrn Dr. Jung und würdigt, im Namen des Ausschusses, dessen Arbeit.

6 Schriftliche Anfragen

7 Schriftliche Anträge

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Bestellung der Mitglieder für die Juries zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln 0798/2010

Herr Jung stellt fest, dass für die Jury zur Vergabe der Förderstipendien vier Ratsmitglieder benannt werden sollen. Bisher habe für die CDU-Fraktion Frau Reinhardt dieser Jury angehört. Er fragt, ob zwingend vorgeschrieben sei, dass es sich hierbei künftig um ein Mitglied des Rates handeln müsse. Insofern dies nicht der Fall sei, benennt die CDU-Fraktion Frau Reinhardt, ansonsten RM Dr. Elster.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt hierzu, dass man in der Satzung nachschauen müsse, ob es sich zwingend um ein Mitglied des Rates handeln müsse. Diese liege ihm allerdings momentan nicht vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister benennt für die SPD-Fraktion Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

RM von Bülow benennt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bürgermeisterin Spizig.

Herr Dr. Wackerhagen benennt für die FDP-Fraktion Frau Friedlaender.

RM Uckermann benennt sich selbst für die Fraktion pro Köln.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass seines Erachtens in der Satzung vier Mitglieder des Rates festgelegt seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dass diesbezüglich die Verwaltung in der Satzung nachschaut und die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen werde und die Fraktionen ihre Mitglieder entsprechend benennen.

RM Peil stellt fest, dass ausschließlich Personen, mit Ausnahme der Leiterin der Artothek, außerhalb der Stadt Köln benannt worden seien. Er fragt, ob es hierfür einen besonderen Grund gebe und bittet die Verwaltung darum, dies zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung.

8.2 KölnMusik GmbH, Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2011 und 2012 sowie Zuschuss zur MusikTriennale 2010 bzw. einem jährlichen Musikfestival ab dem Jahre 2011 0056/2010

RM von Bülow bittet darum, die in der Vorlage abgebildete Einsparung genauer darzustellen.

Der Intendant der Kölner Philharmonie Langevoort antwortet, dass die KölnMusik in den vergangenen Jahren einen Finanzplan aufgestellt habe. Seit dem Jahr 2008 sei die Subvention wieder auf dem Niveau, wie in den 90er Jahren. Im Dezember 2009 sei ein mittelfristiger Finanzplan festgelegt worden, der auch für die Jahre über 2010 hinaus gelte. Für die Jahre 2011, 2012 und 2013 sei ursprünglich eine Zuwendung seitens der Stadt Köln von etwa 5,3 bis 5,5 Mio. EUR vorgesehen gewesen. Nachdem

die Kämmerei dies geprüft habe, sehe sie eine Kürzung der Aufwendungen um 12,5% vor. Demnach ergebe sich ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 4.025.000 EUR.

RM Uckermann macht deutlich, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimme, solange keine feste Finanzplanung vorliege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Vorlage unter Haushaltsvorbehalt stehe und dementsprechend beschlossen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt, dass an die KölnMusik GmbH für die Jahre 2010 – 2012 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von jährlich 4.600.000 € gezahlt werden.
Sollten die für die einzelnen Jahre von der KölnMusik GmbH aufzustellenden Wirtschaftspläne geringere Betriebskostenzuschüsse ausweisen, reduzieren sich die vorstehenden Beträge entsprechend, die im Übrigen Höchstbeträge darstellen. Auf der Grundlage der jeweiligen Jahresabschlüsse der Kölnmusik GmbH erfolgt eine Spitzabrechnung. Überschüsse sind an die Stadt abzuführen, Fehlbeträge müssen vom Unternehmen nachgespart werden.
2. Der Rat beschließt die Gewährung eines Zuschusses von 773.000 € an die Musik-Triennale Köln GmbH zur Durchführung der Triennale 2010.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Köln-Musik GmbH dem Rat baldmöglichst eine detaillierte, auf nachvollziehbaren Fakten basierende Planung über die Durchführung der 3-jährigen Triennale und eines jährlichen Musikfestivals, die alle kulturpolitisch und finanziell relevanten Aspekte enthalten muss, vorzulegen.
4. Die Beschlüsse zu 1. und 2. stehen unter Haushaltsvorbehalt, das heißt, die Veranschlagung der jeweiligen Mittel muss im Rahmen eines genehmigungsfähigen Hpl. möglich sein
Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Mittel im Wege der Veränderungsnachweisung in den Hpl.-Entwurf 2010 bzw. die mittelfristige Planung 2011ff aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Fraktion pro Köln- zugestimmt.

8.3 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln 1417/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und unter welchen Maßgaben für sehbehinderte und blinde Menschen taktile Kulturstadtpläne für blinde und sehbehinderte Menschen zur Verfügung gestellt werden können, auf denen wichtige öffentliche und private Kulturstandorte im Innenstadtbereich hervorgehoben sind.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und unter welchen Maßgaben fest angebrachte taktile Blindenstadtpläne auf dem Bahnhofsvorplatz auf dem Roncalliplatz und im

Hauptbahnhof aufgestellt, und nach und nach auch die übrigen Stadtteile mit taktilen Blindenstadtplänen ausgerüstet, werden können.

Diese Prüfung sollte unter Hinzuziehung der Behindertenorganisationen und – selbsthilfegruppen, insbesondere des Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e. V. – BSV, durchgeführt werden.

Die Verwaltung soll den Ausschuss Kunst und Kultur bis zum Jahresende 2010 über die Ergebnisse und Kosten unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Sonderausstellungen

**9.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
0554/2010**

RM Möller fragt, wie sich die Erlöse aus den Eintritten berechnen, weil in einem Fall des Kölnischen Stadtmuseums einheitliche Eintrittspreise für jede Sonderausstellung berechnet werden. Sie weist darauf hin, dass dies bei den anderen Museen sehr stark variere.

Museumsreferent Troost stellt dar, dass das hauptsächlich im Museum Ludwig der Fall sei, weil dort ein Tagesticket herausgegeben werde und in der Regel drei Ausstellungen parallel zueinander ausgeführt werden. In der Mitteilung seien Deckungsbeiträge aus den Eintrittseinnahmen für die einzelnen Sonderausstellungen dargestellt, die sich nach Aufwand, Dauer und letztendlich auch Kostenbedarf bemessen.

Herr Sörries fragt, ob die Zuschüsse des Landes und der Sponsoren per Brief gesichert seien.

Museumsreferent Troost erläutert, dass dies zu 90 % gesichert sei. Er weist darauf hin, dass Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 EUR erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

RM Uckermann fragt ob Herr Dr. Jung die geplante Sonderausstellung des NS-Dokumentationszentrums „Christenkreuz und Hakenkreuz - Kirchenbau und sakrale Kunst im Nationalsozialismus“, näher erläutern könne. Er kritisiert die verkürzte Darstellung in der Mitteilung.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass über einzelne Sonderausstellungen nicht diskutiert werde. Der Ausschuss nimmt den Kommentar zu der Sonderausstellung zur Kenntnis.

RM Uckermann beantragt, über die aufgelisteten Sonderausstellungen einzeln abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in

der anliegenden Liste im einzelnen aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2010 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11.1 Beschaffung von Mobiliar für die provisorischen Standorte des Historischen Archivs, Benutzerzentrum Innenstadt, Heumarkt 14 und das Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum in Porz Lind
1082/2010**

Beschluss

Gemäß § 60 (2) Satz 1 Gemeindeordnung genehmigt der Ausschuss Kunst und Kultur den Bedarf für die Neubeschaffung von Mobiliar für das Benutzerzentrum Innenstadt des Historischen Archivs im Dienstgebäude Heumarkt 14 in Höhe von 200.458,18 Euro (inkl. MwSt.) und für das Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum in Porz Lind in Höhe von 6000,00 Euro (inkl. MwSt.).

Auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Die benötigten Mittel stehen unter der Finanzposition 4103.578.3100.8 und der Finanzstelle 4103-0412-0-1000 im Teilfinanzplan 0412, Historisches Archiv, Teilplanzeile 9, (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) im Haushaltsjahr 2010 zur Verfügung.

Vom Rechnungsprüfungsamt wurde der Bedarf anerkannt (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

**11.2 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
1361/2010**

Beschluss

Der Ausschuss Kunst und Kultur genehmigt die Mittelverwendung für die in der Anlage aufgeführten drei Sonderausstellungsprojekte des Museums Ludwig

Jochen Lempert, Zeitraum vom 23.04.2010 bis 13.06.2010,

Wade Guyton, Zeitraum vom 23. April bis 15. August 2010 und

Moving Images: Artists & Video I Film, Zeitraum vom 28. Mai bis 31. Oktober 2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

12 Mitteilungen der Verwaltung

**12.1 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010"
0719/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.2 Parkpflegewerk Friedhof Melaten
1026/2010**

Herr Heinemann begrüßt, dass das Parkpflegewerk nun entstehe und es laut Aussage der Friedhofsverwaltung keine wilden Abbrüche gebe und verweist diesbezüglich auf den ersten Absatz der Beantwortung.

Frau Prof. Dr. Schock-Werner merkt an, dass ein Parkpflegewerk über einen historischen Friedhof genauso dem Denkmalschutz dienen müsse, wie auch den Bäumen und Sträuchern. Insofern würde sie die Aussage in der Mitteilung, dass im Übrigen ein Parkpflegewerk nicht vorrangig dem Denkmalschutz diene, mit einem gewissen Fragezeichen versehen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.3 Steinteppich von Joseph Fassbender auf dem Hanns-Hartmann-Platz
1047/2010**

Herr Heinemann berichtet, dass sich nach jüngsten Informationen die Stadt Köln bereit erklärt habe, die Lagerung des abgetragenen Mosaiks zu übernehmen. Er bittet die Verwaltung, entsprechende weitere Verhandlungen, mit der Zielsetzung einer vertraglichen Vereinbarung über die Finanzierung einer Neuverlegung und eventuell über die zeitliche Folge abzuschließen, mit dem WDR zu führen, damit es zu einem positiven Abschluss im Bereich des Haubrich-Hofes komme. Er bittet außerdem darum, dass künftig alle Vorlagen, bei denen die städtebauliche Entwicklung einerseits, und der Denkmalschutz andererseits behandelt werden, dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzulegen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass sie es für wichtig halte, diesbezüglich den Ausschuss Kunst und Kultur entsprechend zu informieren. Im Übrigen sei das Thema ebenfalls im Stadtentwicklungsausschuss besprochen worden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln 1145/2010

RM von Bülow stellt dar, dass durch die Unterbringung der ART.FAIR in den Rheinparkhallen das Kunstnetzwerk SUMO keine Möglichkeit habe, sich auf der Art Cologne zu präsentieren. Sie fragt, ob dies der Kulturverwaltung bekannt sei und sie vor habe darauf zu reagieren.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert, dass diese Information dem Kulturamt vorliege und es auf der Art Cologne keinen Stand von SUMO gebe. Über die Beweggründe könne er jedoch keine Aussage machen. Die Anfrage müsse an die KölnMesse weitergeleitet werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, dies zu tun, denn der Ausschuss Kunst und Kultur habe stets deutlich gemacht, dass ihm auch an der Messe gelegen sei, weil sie neue Impulse nach Köln bringe und dazu dienen kann, die Kölner Kultur nach außen zu tragen. Hierzu zählt auch die Präsentation des Netzwerks Sumo auf der Messe, das kulturpolitisch zu begrüßen sei. Sie betont, dass ein Interesse an der Antwort der KölnMesse bestehe, um entsprechend zu reagieren.

RM Zimmermann zeigt sich erfreut über den Erhalt der ART.FAIR, kritisiert dennoch, dass es eine Messe im Frühjahr und im Herbst gebe. Er fragt, ob seitens der Verwaltung darüber nachgedacht worden sei, den Termin der ART.FAIR parallel zur Art Cologne zu legen. Er ist der Auffassung, dass eine analoge Veranstaltung den Kunststandort Köln stärken würde.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Verhandlungen hierüber nicht von der Kulturverwaltung geführt worden seien, sondern vom Wirtschaftsdezernat. Er stellt dar, dass es früher so gewesen sei, dass die beiden Messen parallel stattfanden und es hierbei zu Reibungen gekommen sei. Von daher sei er über die Entzerrung froh, weil die Messen unterschiedliche Profile und Veranstalter habe und ein unterschiedliches Publikum ansprechen. Er halte die jetzige Lösung für die Bessere.

RM Kaske unterstützt die Aussage des Kulturdezernenten und hält es nicht für erforderlich, hierüber erneut zu diskutieren.

Frau Friedlaender kritisiert, dass der Termin der heutigen Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur zeitgleich mit der Eröffnung der Art Cologne stattfindet.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet die Verwaltung darum, künftig die Sitzungstermine entsprechend abzustimmen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 Anfrage der Fraktion LDK im Integrationsrat zur Bühne der Kulturen / Arkadas-Theater 1038/2010

RM von Bülow beantragt, die Mitteilung in der nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil erneut zu behandeln.

Beschluss:

Mehrheitlich – gegen die Fraktion pro Köln – zugestimmt.

13 Mündliche Anfragen

13.1 Kulturzentrum am Neumarkt

Herr von Rautenstrauch fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Neubau in der Cäcilienstraße und bittet darum, dies künftig als Schwerpunktthema auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass mit der ARGE die Übergabe der Gebäude für Mitte Mai vereinbart worden sei. Zwischenzeitlich sei eine Teilabnahme erfolgt und die noch bestehenden Mängel dokumentiert worden. Es gab bisher keine Anzeichen dafür, dass diese Vereinbarung nicht eingehalten werde. Demnach könne man nach der Übergabe der Gebäude mit der Einrichtung der Museen beginnen. Er betont, dass es aus seiner Sicht relativ wenig Sinn mache, vor Mitte Mai über noch nicht zu Ende gebrachte Zwischenstände zu berichten.

Herr von Rautenstrauch stellt dar, dass aus Sicht der Museen die Räume bereits im März freigegeben worden seien. Unabhängig von den restlichen Gebäudeteilen wo es Mängelrügen gebe und nachgebessert werden müsse, könne in verschiedenen Bereichen mit der Einrichtung begonnen werden. Er schlägt vor, den vom Oberbürgermeister vorgesehenen Eröffnungstermin am 17. September 2010 entsprechend festzulegen. Die Museen werden in der Lage sein, in den verbleibenden viereinhalb Monaten die Ausstellungen einzurichten, sodass die Eröffnung stattfinden könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verweist auf die Aussage des Kulturdezernenten und bittet darum, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

13.2 artothek

RM Peil fragt, ob es richtig sei, dass es eine Jury gebe, die darüber entscheide, welche Ausstellungen in der artothek präsentiert werden. Er bittet darum, zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten, welche Kriterien angewandt werden, um Ausstellerinnen und Aussteller auszusuchen und mitzuteilen wer Mitglied dieser Jury sei.

13.3 Auswirkungen der Haushaltskürzungen im Kulturbereich

Herr Sörries fragt, wie sich die bisherigen Kürzungen des Haushaltes, auch im Hinblick auf den Doppelhaushalt, im Bereich der freien Szene, insbesondere bei Projektmitteln oder der Konzeptionsförderung auswirken. Er bittet außerdem darum darzustellen, welchen Zeitrahmen es gebe, um entsprechend darauf zu reagieren.

Herr Deutsch weist in diesem Zusammenhang auf Anfragen hin, die seine Fraktion in den Januarsitzungen des Ausschusses Kunst und Kultur und in den Betriebsausschüssen Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud diesbezüglich gestellt habe und fragt, ob noch mit einer Beantwortung zu rechnen sei.

RM Uckermann fragt, ob es zu Schließungen von Einrichtungen in der freien Szene komme bzw. wie es dort künftig weitergehe.

13.4 Tanzhaus

Herr Deutsch stellt dar, dass in der Presse über Unruhen in der Tanzszene berichtet worden sei. Es wurde dargestellt, dass sie sich nicht richtig repräsentiert fühle und Schwierigkeiten mit der getroffenen Entscheidung bezüglich der Intendanz habe. Dies sei eine Veränderung der Beschlusslage.

13.5 Sanierung des Römisch-Germanischen-Museums

Herr Deutsch berichtet, dass es diesbezüglich Darstellungen in der Presse gegeben habe, in denen der Museumsdirektor und ein Vertreter des Planungsreferates zitiert

worden seien und über verschiedene Varianten berichtet wurde. Er kritisiert, dass es hierüber keine Mitteilung der Verwaltung gegeben habe und bittet darum, dies für die nächste Sitzung darzustellen.

13.6 Archäologische Zone und Jüdisches Museum

RM Uckermann bezieht sich auf die Vorlage "Entwurfsplanung für den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums Köln" die in der letzten Ratssitzung beschlossen wurde und fragt, was man in dem geplanten Hochbau ausstellen wolle.

13.7 Archäologische Zone

Herr Heinemann bittet darum, dass das Thema Archäologische Zone in der nächsten Sitzung behandelt werde. Insbesondere gehe es ihm um den Stand der Ausgrabungen und der dadurch gewonnenen Erkenntnisse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)